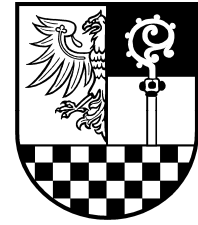


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung — am
19.04.2011 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Carola Hartfelder

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ina Albers
Frau Katja Grassmann
Herr Steffen Große
Frau Gritt Hammer
Frau Heide Igel
Herr Dr. Rainer Reinecke
Herr Helmut Scheibe

Verwaltung

Herr Horst Bührendt
Frau Annette Gussow
Frau Jana Ehrenberg

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Manfred Janusch
Frau Iris Wassermann

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:47 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilung der Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift vom 02.11.2010
- 3 Votierung 2012/2013 - Richtlinie zur Kindertagesbetreuungsfinanzierung
- 4 Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilung der Vorsitzenden

Frau Hartfelder begrüßt die Anwesenden sowie die Gäste.
Die vorliegende Tagesordnung wird angenommen. Zum TOP 3 liegen den Anwesenden Austauschlisten vor.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 02.11.2010

Die Niederschrift vom 02.11.2010 ist beschlossen.

TOP 3

Votierung 2012/2013 - Richtlinie zur Kindertagesbetreuungsfinanzierung

Die neue Vorlage wird von Frau Gussow erläutert:

Die vorliegende Bearbeitungsliste wurde hinsichtlich der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung vervollständigt.

Die vorgenommene Bewertung mit doppelter Punktzahl bei dem Kriterium – Notwendigkeit der Maßnahme – ist zurückgenommen worden, da die Notwendigkeit der Maßnahme grundsätzlich gegeben ist. Folgende Indikatoren wurden einbezogen: die Bevölkerungsprognose bis 2020, die Entwicklung der Geburten 2008 bis 2010, die Entwicklung der speziellen Zielgruppe (u 1 bis u 3 Jahre) sowie Ausnahmegenehmigungen und in der Kita-Bedarfsplanung des Landkreises Teltow-Fläming 2008 bis 2012 aufgenommene und als erforderlich eingestufte Einrichtungen.

Zusätzlich wurde qualitative und quantitative Faktoren geprüft: Integrationskita, Qualität (z. B. Angebotsspektrum, Angebote im Rahmen der Familienbildung, Auslastung der Einrichtung, Sicherung der Trägervielfalt).

Im Ergebnis dessen wurde dieses Kriterium neu bewertet.

Herr Scheibe stellt die Frage, ob der Sozialaspekt „sozial schwache Familien“ auch bedacht wurde?

Frau Gussow antwortet darauf, dass dieser Aspekt nicht vorrangig betrachtet worden ist.

Frau Hartfelder legt noch einmal deutlich dar, dass Folgeanträge für Ausstattungen von Tagespflegestellen nicht berücksichtigt werden. Diese Mittel, die damit eingespart werden würde, könnten in die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen fließen.

Frau Hartfelder ist aufgefallen, dass die Finanzierungen der Kitaplätze sehr unterschiedlich sind, z. B. die Evangelische Kirchengemeinde benötigt für die Schaffung von 16 Kitaplätzen eine Summe von 388.000,00 €. Frage an die Verwaltung: Wie kommt diese hohe Summe zu Stande?

Frau Ehrenberg teilt mit, dass aus den Unterlagen ersichtlich war, dass die hohen Baukosten deshalb entstanden sind, da ein bestehendes Gebäude abgerissen werden muss und ein Neues erbaut werden soll.

Frau Igel ist mit den Kriterien schon einverstanden, würde aber so votieren, dass sowohl der finanzschwache Süden berücksichtigt aber auch der Norden nicht ausgeklammert wird, weil dort sehr viele Plätze zu finanzieren sind. Sie bittet dies im Laufe der Entscheidungen zu berücksichtigen.

Außerdem schlägt Frau Igel vor, darüber nachzudenken, eventuell Teilfinanzierungen zu veranlassen, weil es das letzte Mal ist, dass wir Geld vergeben können. Manche Gemeinde könne auch mit der Hälfte des Geldes gut leben.

Frau Hammer ist der Meinung, dass die Vorschlagliste sehr ausgewogen ist.

Herr Scheibe stellt eine Frage zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung. Haben alle Gemeinden, die Mittel beantragt haben, einen bereits geschlossenen Haushalt?

Frau Ehrenberg antwortet, dass nicht alle Gemeinden einen geschlossenen Haushalt haben. Von einigen Gemeinden wurde der Entwurf eingereicht.

Frau Grassmann möchte wissen ob die Gelder nur für 2012 vergeben werden?

Lt. Kreistagsbeschluss werden die Gelder für die Jahre 2012/2013 vergeben, betont Frau Hartfelder.

Frau Hartfelder möchte wissen, ob es Informationen darüber gibt, dass Projekte gefährdet sind, wenn wir die Summe niedriger festlegen, als sie beantragt worden sind.

Von Frau Ehrenberg wird diese Frage verneint.

Frau Hartfelder bedankt sich für die intensive Vorarbeit. Sie bittet die Anwesenden über den Vorschlag der Verwaltung abzustimmen.

Frau Grassmann möchte wissen, wie die Verwaltung auf die gleiche Summe für Großbeeren und Rangsdorf gekommen ist?

Frau Gussow teilte mit, dass für die Gemeinde Niedergörsdorf, die Evangelische Kirchengemeinde Glasow und die Kita „Struppi“ in Jüterbog die gesamte beantragte Zuwendung vorgeschlagen wird. Die Restsumme aus dem zur Verfügung stehenden Orientierungsrahmen ist zu gleichen Teilen auf die Gemeinden Großbeeren und Rangsdorf aufgeteilt worden.

Herr Große spricht sein Bedauern aus, dass vor zwei Jahren keine Kita in Luckenwalde Zuwendungen erhalten hat.

Frau Grassmann stellt fest, dass die Gemeinde Rangsdorf im Jahr 2010 die Summe von 396.000,00 € beantragte. Dieses Jahr ist die beantragte Summe 805.000,00 €. Das ist das Doppelte!

Frau Ehrenberg weist darauf hin, dass es letztes Jahr eine andere Maßnahme war.

Herr Scheibe betont, dass im Jahr 2010 nur eine Kommune Mittel bekommen habe und in dieses Jahr sind es fünf. Dies ist ein Fortschritt.

Frau Igel fragt nach, warum kein Antrag der Stadt Ludwigsfelde bei der Votierung berücksichtigt wurde.

Herr Bührendt führt aus, mit der Kommunalaufsicht hat sich die Verwaltung ins Benehmen gesetzt und es wurde über die Finanzkraft der einzelnen Kommunen diskutiert. Die konkrete Aussage war, dass die Stadt Ludwigsfelde es aus eigenen Kräften schafft, die Mittel zur Verfügung zu stellen.

Überlegung war auch, dass der Landkreis eine Ausgleichsfunktion hat. Es musste diskutiert werden, welche Kommunen bedürftiger als Ludwigsfelde sind. Das Ergebnis war der Vorschlag, den die Verwaltung unterbreitet hat.

Die Aussage der Kommunalaufsicht war zurückhaltend. Wenn die Summe für Großbeeren reduziert wird, wird es noch schwieriger.

Frau Hartfelder bittet um Abstimmung.

Der Vorschlag von Frau Igel lautet:

Die Stadt Ludwigsfelde (siehe Bearbeitungsliste, Punkt 11) soll mit 30.000 € auf Kosten der Gemeinde Großbeeren unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	0

Frau Grassmann weist darauf hin, dass die Evangelische Kirchengemeinde Glasow die beantragte Summe erhalten soll, da sie bereits ihre Summe um die Hälfte reduziert hat.

Herr Große betont, dass abgestimmt wurde, dass die Gelder nicht mehr umverteilt werden.

Frau Igel unterbreitet den Vorschlag, dass einige Gemeinden auf ihre Zuwendungen zugunsten der Gemeinde Großbeeren verzichten. Des Weiteren erinnert sie die Anwesenden daran, dass der UA-JHP als er das erste Mal diese Mittel vergeben hat, das gleiche Verfahrensweise genutzt hat. Die Gemeinden haben wir dazu gebracht, auf etwas zu verzichten, damit eine weitere Maßnahme durchgeführt werden kann. Frau Igel fragt nach, warum das diesmal nicht möglich sein soll? Die Verwaltung hat Summen vorgeschlagen, die, wenn wir jetzt votieren, die Antragsteller erhalten. Es sei denn, sie verzichten auf einen Teil, wenn die Verwaltung mit ihnen spricht und sie damit einverstanden sind. Dann kann bis zum JHA eine neue Summenangabe für die votierten Gemeinden und eventuell für eine weitere Gemeinde erarbeitet werden.

Frau Hartfelder bittet um folgende Abstimmung:

Soll die Verwaltung nach unserem Votum mit den Kommunen bzw. den Trägern der Jugendhilfe sprechen, um deren Summe möglicherweise zu verkleinern und um sie der Stadt Ludwigsfelde zu geben?

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	0

Die Diskussion wird im Jugendhilfeausschuss noch einmal geführt.

Frau Hartfelder bittet um Abstimmung im Block

Wer ist mit dem vorliegenden Vorschlag der Verwaltung einverstanden?

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

Eine Empfehlung für den JHA wurde somit abgegeben.

Herr Große fragt an, welche Gemeinden damals schon ausdrücklich verzichtet hätten. Welche Gemeinden haben dem damals zugestimmt?

Frau Hartfelder kennt diese Diskussion nicht.

Herr Reinicke berichtet, das es diese Diskussion gegeben hat und diese Gemeinden hatten an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilgenommen. Frau Hartfelder kann darüber keine Kenntnis haben, da sie zu dieser Zeit noch nicht Mitglied im Jugendhilfeausschuss war. Es wurde zum damaligen Zeitpunkt beschlossen, dass eine Gemeinde auf 30.000 € verzichtet und diese Summe an einer anderen Kommune weiter gegeben wird.

Frau Gussow informiert, dass in der nächsten Sitzung des Unterausschusses sich ganz speziell mit der Kita Bedarfsplanung - der Fortschreibung - befasst wird (Aufnahme von Kindertageseinrichtungen in den zurzeit gültigen Bedarfsplan, zwei Anträge liegen diesbezüglich vor).

Frau Hammer fragt nach dem derzeitigen Stand zu den öffentlich-rechtlichen Verträgen.

Herr Bührendt informiert, dass es dazu am 20.05.2011 eine Sondersitzung der Bürgermeister geben wird.

Frau Albers hat eine Nachfrage zur Bedarfsplanung Jugendarbeit und Schulsozialarbeit. Es wurden Reservestellen eingerichtet. Gibt es dazu eine Aussage, ob diese besetzt sind, was wird mit den Geldern, wenn diese Stellen frei sind?

Frau Gussow antwortet darauf, dass die beiden Stellen nicht besetzt sind.

Frau Albers möchte die Gründe der Nichtbesetzung erfahren.

Herr Bührendt informiert, dass Problem besteht darin, dass der Kreishaushalt ein Defizit aufweist. Der Anteil des Kreises an der Jugendarbeit liegt bei etwa bei 900.000 €. Zur Entlastung des Kreishaushaltes wurden diese zwei halben Stellen nicht besetzt.

Herr Große teilt mit, dass es seit zwei bis drei Jahren ein spezielles Förderprogramm des Bundes zur Unterstützung von betrieblichen Kindertageseinrichtungen gibt und fragt an, inwiefern im Landkreis Teltow-Fläming davon Gebrauch gemacht wurde?

Herr Bührendt antwortet darauf, dass die Verwaltung keine Zuschüsse an eine betriebliche Kita weitergibt. Zurzeit liegt der Verwaltung auch kein Antrag vor.

Datum: 06.06.11

Hartfelder
Vorsitzende des UA-JHP

Gussow
Jugendhilfeplanerin